

KAPERBRIEF

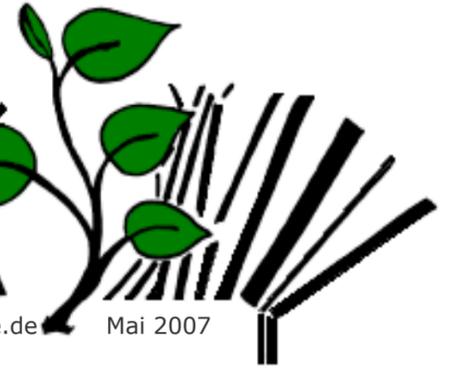
Zeitung gegen Biopiraterie



Nr. 9

www.biopiraterie.de

Mai 2007



Gar nicht partnerschaftlich:

Abkommen zwischen EU und ehemaligen Kolonien geplant

... auf Seite 2

Mehr als sattwerden:

KleinbäuerInnenorganisationen fordern Ernährungssouveränität

... auf Seite 3

Anders landwirtschaften!

La Via Campesina Aktionstag rund um den Globus

... auf Seite 3

Delegitimieren statt fordern:

Bundeskoordination Internationalismus kritisiert NGO-Papier zu G8

... auf Seite 3

Biopiraten auf Kurs Heiligendamm?

Piraten – bei diesem Wort stellt man sich grimmige Männer vor, die über die Meere segeln, um anderen etwas wegzunehmen. Möglicherweise sehen Piraten aber ganz anders aus: Vielleicht tragen sie Anzug und Kostüm, lächeln nett und sitzen in schönen Büros großer Agrar- und Pharmaunternehmen und arbeiten daran, Heil- und Nutzpflanzen durch Patente und andere geistige Eigentumsrechte zum Eigentum ihrer Firmen zu machen.

Nestlé zum Beispiel hat ein Patent auf Kaffee angemeldet, der gentechnisch so manipuliert wurde, dass er besonders gut löslich ist. Niemand darf solchen Kaffee nun herstellen oder vermarkten, ohne dass Nestlé dafür Lizenzgebühren erhält. Nun mögen die ForscherInnen von Nestlé vielleicht den Kaffee gentechnisch verändert haben;

Kaffee an sich gibt es aber schon Jahrtausende. Diese Aneignung von genetischen Ressourcen nennt man Biopiraterie; diejenigen, die sie durchführen – zumeist Forschungseinrichtungen und multinationale Unternehmen aus den G8-Staaten – wären folglich eine ganz besondere Art von Piraten: Bio-Piraten.

Damit sie ihrem schändlichen Handwerk nachgehen können, sind diese Biopiraten auf staatliche Helfer angewiesen, die passende rechtliche

Rahmenbedingungen für Biopiraterie schaffen – möglichst global. Darin sind die G8-Staaten schon lange richtig gut. Vor gut 10 Jahren beispielsweise haben die Regierungen der USA, Japans und der EU maßgeblich dafür gesorgt, dass das sogenannte TRIPS-Abkommen der Welthandelsorganisation (WTO) verabschiedet wurde.

Dieses Abkommen schreibt den fast 150 WTO-Mitgliedsländern vor, dass sie bei sich ein Patentrecht einführen müssen. Viele Entwicklungsländer hatten so etwas davor kaum, gewährten z. B. keine geistigen Eigentumsrechte auf Pflanzen. Das TRIPS-Abkommen verlangt, dass sie jetzt zumindest dafür sorgen, dass PflanzenzüchterInnen auf irgendeine Art und Weise Privateigentum an den von ihnen gezüchteten Pflanzensorten beanspruchen können. Wer Pflanzen dieser Sorte anbaut und verkaufen

will, muss dann Lizenzgebühren zahlen.

Auch intern arbeiten die G8-Regierungen und Konzernlobbyisten daran, die Regeln über geistige Eigentumsrechte immer weiter zu verschärfen. 1994 hat zum Beispiel die EU – und dort haben die G8-Staaten Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien eine bedeutende Stellung – eine Verordnung eingeführt, nach der Züchter so genannte Nachbaugebühren von BäuerInnen verlangen können.

Früher – und in vielen Ländern heute noch – konnten BäuerInnen ganz selbstverständlich einen Teil ihrer Ernte wieder aussäen. Heute müssen sie jedes Mal Gebühren an die Züchter zahlen,

wenn sie einen Teil ihrer Ernte einer geschützten Sorte wieder aussäen (also nachbauen) wollen. Damit hat die EU – ganz wie richtige Piraten – dafür gesorgt, dass BäuerInnen etwas weggenommen wird: das traditionelle Bauernrecht auf Wiederaussaat.

Wenn sich also die VertreterInnen der G8-Staaten im Juni in Heiligendamm am Ostseestrand treffen, um darüber zu beschließen, wie die Welt in den nächsten Jahren regiert

werden soll, könnte man das auch als einen Gipfel der Biopiraten bezeichnen. Seltsamerweise meinen die Regierenden der G8-Staaten allerdings, die Piraten seien nicht sie, sondern die anderen: die Leute in China, die Schuhe produzieren, die nur wie Adidas aussehen, die Labore in Indien, die patentgeschützte Medikamente billig nachbauen oder die Menschen in Brasilien, die Musik-CDs einfach kopieren und verkaufen. Darüber, wie sich diese Art von „Produktpiraterie“ wirksam bekämpfen lässt, reden die G8-Staaten bei ihren Gipfeln nun schon seit Jahren, und auch in Heiligendamm soll es darum erneut gehen. Mit Biopiraterie hat

das immerhin soviel zu tun, dass es um geistige Eigentumsrechte und ihre Durchsetzung geht, und auch darum, wie man uns glauben macht, dass, wer geistige Eigentumsrechte nicht achtet, böse ist – ein Pirat eben. Doch, liebe Staatschefs, ihr werdet's nicht vermuten: wir sind die Guten.

Auf nach Heiligendamm und Gegenwind entfachen!



Wieso, weshalb, warum?

Der Frühsommer wird interessant – politisch betrachtet ist eine Menge los in Deutschland. Vor allem der G8-Gipfel im Juni in Heiligendamm beschäftigt nicht nur die Bundesregierung, sondern auch viele linke Gruppen, Netzwerke, Initiativen. Schon seit geraumer Zeit wird zusammen überlegt, geplant und diskutiert, wie sich der Protest gegen die G8-Staaten und ihre Politik sichtbar machen lässt.

Auch die Kampagne gegen Biopiraterie hat sich in den letzten Monaten mit der Politik der G8 beschäftigt. Unsere Meinung zu G8: die G8-Staaten sind große Förderer von Biopiraterie und machen auch ansonsten im Agrarbereich eine ganz schlechte Politik zu Gunsten großer Konzerne, die biologische Vielfalt zerstört. Die G8 treiben weltweit die rechtlichen Grundlagen für Biopiraterie voran, hier haben große Pharma- und Agrarkonzerne ihren Sitz, die an Biopiraterie verdienen und hier befinden sich Forschungsinstitute, die sich an Biopiraterie beteiligen. Was genau an der Politik der G8 so schlecht ist, damit beschäftigt sich ein Teil dieses Kaperbriefs.

Was wir an dem ganzen Kongresszirkus aber auch nicht so toll finden, ist, dass damit auch ein bestimmtes Politikmodell verkauft wird. Nämlich, dass die Regierungschefs und -chefinnen bei ihren Treffen in Nobelhotels am Ostseestrand entscheiden, wie die Gesellschaft in Zukunft aussehen soll. Gesellschaft sind wir aber alle – und wir alle wollen selber bestimmen, wie wir leben. Deswegen zeigen wir in diesem Kaperbrief auch Alternativen auf und erzählen von praktizierter Selbstbestimmung – im Kaperbrief finden sich Berichte über Menschen, die biologische Vielfalt erhalten, über geplante Aktionen gegen die Politik der G8, ein Interview vom Weltsocialforum in Kenia und noch viel mehr.

Es bleibt zu wünschen, dass wir uns in diesem Frühjahr irgendwo sehen – etwa bei der Kundgebung gegen Gentechnik in Gatersleben im Mai oder bei den Protesten in Heiligendamm im Juni.

Doch nicht nur dort, sondern im Alltag: beim Einkaufen und Kochen, bei der Beteiligung an politischen Aktionen in der eigenen Stadt, auf dem Land und im Internet können wir zur Durchsetzung der Selbstbestimmung beitragen.

Viel Spaß beim Lesen und Aktiv-Werden wünscht

Eure Redaktion



We feed the world ...

Die G8-Politik stillt den Hunger der Konzerne

Während die Werbung uns noch immer die Milch von glücklichen Kühen auf der Weide verkaufen will, sieht die Wirklichkeit ganz anders aus. Hinter den Kulissen tobt der Kampf um den gewinnträchtigen Agrar- und Nahrungsmittelmarkt. Die Industrialisierung der Landwirtschaft, gepaart mit kapitalistischem Wachstumszwang, führt seit den 1970er Jahren zu gewaltigen Konzentrationsprozessen im Agrarbereich. Das Ergebnis ist verlustreich: traditionelle Sorten, Kleinbauern und Tante-Emma-Läden sind mittlerweile verschwunden, Monokulturen, riesige Landwirtschaftsbetriebe und gigantische Supermärkte entstanden.

Im Verdrängungskampf gegen die bäuerliche Landwirtschaft spielt die Kontrolle über das Saatgut eine zentrale Rolle. In den 1960er Jahren führten die Saatgutkonzerne Hybridsaatgut ein – Saatgut, das jedes Jahr neu gekauft werden muss. Damit begann – auf technischer Ebene – der Einfluss der Saatgutkonzerne auf Bauern und Bäuerinnen. Seitdem haben viele Landwirte das Wissen über die Züchtung von Pflanzen verloren.

Auf rechtlicher Ebene ist es dem Agrarbusiness gleichzeitig gelungen, Patente auf Pflanzen und Tiere, Sortenschutz und

Markenrecht weltweit durchzusetzen. Diese geistigen Eigentumsrechte helfen den großen Konzernen, ihre Stellung weiter auszubauen und ihre Gewinne weltweit immer mehr zu steigern.

Beispiele für diesen Verdrängungskampf gibt es von allen Kontinenten: In Frankreich ist beispielsweise Kokopelli, eine Erhaltungsinitiative für altes Saatgut wegen Weitergabe von „illegalem“ Saatgut angeklagt. In Indonesien wurde ein Bauer wegen angeblicher Anwendung einer patentierten Züchtungs-

Fortsetzung auf Seite 2 links



Schätze für die Zukunft: vergraben oder aussäen?

Genbanken und ihre Schattenseiten

Trockene kühle Räume, eine Datensammlung und Parzellen zur Aussaat sind die Grundvoraussetzungen für Saatgut-Sammlungen, auch „Gen-Banken“ genannt. Sie sind wichtig geworden, weil die Vielfalt landwirtschaftlicher Nutzpflanzen in Gefahr ist.

Jahrtausende systematischer Pflanzenzucht schufen weltweit unzählige Sorten, die an lokale Klima- und Bodenbedingungen, Geschmäcker und Pflanzenkrankheiten angepasst sind. Diese große Vielfalt ging verloren beim Übergang zu professionellen Züchtern, die nach möglichst großem Absatz ihrer Sorten streben und immer mehr traditionelle Sorten verdrängten. Die dadurch mitverursachte, so genannte Gen-Erosion wird seit über 30 Jahren beklagt.

Damit Züchtung möglich bleibt und ein ausreichender „Genpool“ zur Verfügung steht, begann man schon in den 1930er Jahren mit der Anlage von zentralen, öffentlich organisierten Saatgut-Sammlungen. Man ging dabei nicht zimperlich vor: In geradezu kolonialistischer Manier wurden etwa von deutschen Sammlern in den 2. Weltkrieg besetzten und kontrollierten Gebieten Ost- und Südosteuropas Proben gesammelt. Die Praxis zentraler Saatgut-Sammlungen wurde im

Zuge der „Grünen Revolution“ der 1960er und 70er Jahre auf die ganze Welt ausgeweitet. Unter den vorgegebenen Zielen, die Sortenvielfalt zu sichern und die Produktivität zu erhöhen, wurden 15 internationale Agrarforschungszentren vorwiegend in Entwicklungsländern angelegt. Dazu gehören etwa das Weizen- und Mais-Zentrum CIMMYT in Mexiko, das Kartoffelzentrum CIP in Lima, Peru und das Reisforschungsinstitut IRRI auf den Philippinen. In diesen und vielen nationalen Instituten wurden die alte Sorten zusammengetragen, die aber gleichzeitig vom praktischen Anbau verdrängt wurden.

Süd-Nord-Transfer

Die Agrarforschungszentren werden von der CGIAR (Beratungsgruppe für Internationale Agrarforschung) „unterstützt“. Von Weltbank, Rockefeller- und Ford-Stiftung 1971 gegründet, gehören ihr alle G8-Staaten, die Europäische Kommission, internationale Organisationen und auch die

Fortsetzung auf Seite 2 rechts

Fortsetzung von Seite 1:

We feed the world...

methode verurteilt. Biopiraterie an Nutzpflanzen und Nutztieren, d.h. ihre systematische Aneignung, Privatisierung und Monopolisierung, wird juristisch immer einfacher und immer dreister betrieben. Bauern und Bäuerinnen werden so entweder vom Markt verdrängt oder zu abhängigen Dienstleistern.

Macht in wenigen Händen

Saatgutproduktion und verarbeitende Industrie, Export und Einzelhandel von Agrarprodukten sind inzwischen in den Händen weniger Saatgut- und Agrochemie-Konzerne. Diese Machtkonzentration im Agrarbusiness drückt nicht nur die Produktionspreise und die Qualität der Nahrung, sondern diktiert den Landwirten letztlich, was, wer, wie und wieviel anbauen darf - und so-

mit langfristig auch, wer, was und wieviel zu essen bekommt. Diese Entwicklung zu mehr Abhängigkeit und Hunger ist trotz schöner Phrasen zur Hungerbekämpfung von der globalisierten, kapitalistischen Politik der G8 gewollt und gefördert.

Deshalb protestiert das „Aktionsnetzwerk globale Landwirtschaft“ gegen die Politik der G8 – die Kampagne gegen Biopiraterie ist Teil des Netzwerks. Das Netzwerk nimmt verschiedene Glieder der Agrar-Wertschöpfungskette kritisch ins Visier und fordert Ernährungssouveränität im Süden und im Norden.

Mehr Informationen finden sich hier:
www.g8-landwirtschaft.net
www.grain.org
www.kokopelli.asso.fr

Fortsetzung von Seite 1:

Schätze für die Zukunft: Genbanken und ihre Schattenseiten

Syngenta-Stiftung an. Insgesamt ist das System eben auch ein riesiger Mechanismus, um die landwirtschaftliche Sortenvielfalt des Südens zu sammeln und Saatgutkonzernen des Nordens zur Verfügung zu stellen.

Deren private Genbanken sind dann nicht mehr all-gemein zugänglich.

Doch dies ist nicht der einzige Kritikpunkt an Genbanken. In der größten Genbank Deutschlands in Gatersleben (Sachsen-Anhalt) droht der dort aufbewahrten Sortenvielfalt Gefahr durch Gentechnik: Im letzten November hat die zuständige Bundesbehörde den Anbau von gentechnisch manipuliertem Weizen in unmittelbarer Nähe der Genbank genehmigt. Obwohl dort mehr als 60.000 Getreidesorten lagern, die zu ihrer Erhaltung regelmäßig im Freiland angebaut werden müssen und durch eine Verunreinigung mit Gen-Weizen dauerhaft verloren gehen würden.



Forschungszentrum - UBINIG – ins Leben gerufenen Sammlungen, oder auch die Saatgut-Register, die die Deccan Development Society in Indien anlegen lässt. In Deutschland hat es sich „Dreschflegel“, ein Verbund mehrerer

Saatgut-Vermehrungsbetriebe zur Aufgabe gemacht, alte Sorten zu erhalten. In Frankreich sind viele Gemüse-SaatgutproduzentInnen in der Assoziation „Kokopelli“ verbunden, die sich für die Erhaltung und Wieder-Ausbreitung von Gemüse-Saatgut einsetzt und ein kooperierendes Projekt im indischen Auroville (Tamil Nadu) aufbauen half.

... ist bedroht

Solche alternativen Modelle zur Züchtung neuer Sorten und der Erhaltung der Sortenvielfalt sehen sich jedoch gesetzlichen Hürden gegenüber: Die parallel zum beginnenden Aufbau von Saatgutsammlungen eingeführte Sortenschutz- und Saatgutverkehrs-Gesetzgebung sorgt dafür, dass Pflanzen nicht ohne Weiteres in den Verkehr gebracht und damit auch getauscht werden dürfen.

Alternative Sortenerhaltung ...

All dies macht deutlich: Zentrale Genbanken sind allein kein taugliches Modell für die Erhaltung genetischer Vielfalt. Die Ergänzung oder Alternative zu zentralen öffentlichen oder privaten Genbanken heißt: Erhalt einer möglichst großen Vielfalt von Getreide-, Obst- und Gemüsesorten auf den Feldern von KleinbäuerInnen, Erhaltungsinitiativen und regionalen

Bis heute dürfen beispielsweise in Deutschland nur neue Sorten, die identifizierbar, unterscheidbar einheitlich und stabil sind, auch gehandelt und verkauft werden. Viele alte regionale Sorten erfüllen diese Kriterien nicht. In G8-Ländern wie Frankreich oder Deutschland werden Initiativen zur Saatgut-Erhaltung durch Gerichtsverfahren gegängelt – in Frankreich wurde Kokopelli angeklagt, illegale, weil nicht im französischen Katalog eingeschriebene, Pflanzensorten zu verbreiten. Zweitinstanzlich wurden sie dafür mittlerweile zu 20.000 Euro Strafe plus Deckung der Gerichts- und Pressekosten verurteilt. Um den Erhalt der Saatgutvielfalt und damit die Grundlage für menschliche Ernährung zu sichern, müssen also nicht nur Alternativen zur Saatgutaufbewahrung in Genbanken gestärkt, sondern auch die gesetzlichen Rahmenbedingungen geändert werden. Hier ist politischer Druck nötig.

Widerstand ist fruchtbar

Analysen für eine nicht-kapitalistische Landwirtschaft

Unter diesem Titel ist ein Reader des „Aktionsnetzwerkes globale Landwirtschaft“ mit erschienen. Behandelt werden verschiedene Facetten globaler Landwirtschaft - von Kämpfen um Land und Saatgut, über die Verwerfungen industrieller Landwirtschaft bis zu den weichenstellenden politischen Regulierungen. Außerdem werden verschiedene Konzepte und Kämpfe für eine andere Landwirtschaft vorgestellt.

Als PDF im Internet unter: www.gentechnikfreies-brandenburg.de/extras/g8_lawi_reader.pdf

Eine gedruckte Version gibt es bei Attac im Internet zu bestellen unter: <http://www.attac.de/service/materialbestellung/shop/index.php>

Internationale Politik und die Durchsetzung geistiger Eigentumsrechte:

Afrika im Visier der alten Kolonialmächte

Eine Partnerschaft mit Afrika – so beschreiben die Europäische Union, aber auch die G8-Staaten ihr künftiges Verhältnis zu den afrikanischen Staaten. Welche Bedingungen eine solche Partnerschaft umfasst und wem sie nützt steht bislang noch in den Sternen. Viel konkreter sind die Auswirkungen bilateraler Freihandelsabkommen, bei denen derzeit die Weichen für die europäisch-afrikanischen Beziehungen gestellt werden. Im Zuge weitreichender Handelsliberalisierung drohen dabei eine Verschärfung geistiger Eigentumsrechte, die Einführung eines strikten Patentrechts und damit die Legitimierung von Biopiraterie.

im Vorfeld des Gipfels von einer „Reformpartnerschaft mit Afrika“, die durch gute Regierungsführung, nachhaltige Investitionen, Frieden und Sicherheit geprägt sein soll. Die afrikanischen Staaten sollen, so die Bundesregierung, „Strukturen entwickeln, die private Investitionen erleichtern. Also mehr Demokratie, weniger Korruption, mehr Eigenverantwortung, mehr Souveränität über Rohstoffe“.

Neue Freihandelsabkommen

Der G8-Gipfel mit seinen Absichtserklärungen bleibt immer vage und unbestimmt. Viel konkretere Vereinbarungen über Afrika werden jedoch von den gleichen Regierungen in anderen Arenen

herzustellen, sehen die EPAs auch die Durchsetzung einer verschärften Form geistiger Eigentumsrechte vor.

Biopiraterie wird legal

Was in der Welthandelsorganisation WTO derzeit nicht machbar ist, wird nun von europäischen Handelspolitikern im Rahmen bilateraler Abkommen vorangetrieben. Alternativen zum Patentrecht sollen nicht mehr akzeptabel sein, Patente auf Leben erlaubt und das jahrtausendealte Recht, Saatgut weiterzuzüchten und neu auszusäen, soll stark eingeschränkt werden. All dies entspricht den Wünschen transnationaler Konzerne. Afrika wird sich nicht mehr gegen genmanipuliertes Saatgut und Agrarprodukte aus den Industrieländern zu Dumpingpreisen wehren können; bäuerliche Landwirtschaft hat keine Chance mehr. Wenn die „legale Variante“ der Biopiraterie, der Zugriff und die Kontrolle über die genetischen Ressourcen mit den EPAs gesichert werden soll, wird die Abhängigkeit der afrikanischen Staaten damit wachsen, genauso wie der Hunger.

Auf dem Weltsozialforum in Nairobi protestierten afrikanische Organisationen vehement gegen die EPAs, während sie in Europa und Deutschland fast unbekannt sind. Dabei wird die Zeit knapp, denn Ende 2007 sollen die Verträge unterzeichnet werden. Höchste Zeit, aktiv zu werden – zum Beispiel beim AKP-Parlamentartreffen vom 23.-28. Juni in Wiesbaden!



Patentrezept für Gesundheit:

Kulturelle Selbstbestimmung

Das Artensterben wird heiß diskutiert. Unterbelichtet bleibt bei diesen Diskussionen häufig das katastrophale Schicksal der weltweit fast 6000 indigenen Völker mit 300 bis 600 Mio Menschen. Indigene Völker haben traditionell enge Beziehungen zu ihrem Land, seinen Tieren, Pflanzen und Rohstoffen.

Die Gefährdungen sind vielfältig: Umweltbedingtem Stress und industriell verursachter Umweltverschmutzung sind sie häufig überproportional ausgesetzt. Einige Beispiele:

Blei und Arsenwerte im Blut von Indigenen im Umfeld der San Martin Goldcorp Inc. Silbermine im Siria Tal von Honduras liegen weit über internationalen Höchstwerten. Die US-Umweltschutzbehörde schätzt, dass unter den nahe des Atomkraftwerks Hanford im ver-seuchten Columbia River fischenden Menschen im südlichen Teil des Staates Washington jeder fünfzigste an Krebs erkranken könnte.

Hohe Krankheitsziffern, Sterblichkeitsraten und eine im nationalen Vergleich bis zu 20 Jahre niedrigere Lebenserwartung bedrohen das Überleben indigener Völker im brasilianischen Regenwald. Durch die intensive Nutzung des Waldes wurden bereits mehrere indigene Völker ausgerottet. Der Verlust der Biodiversität bedeutet die Zerstörung ihrer natürlichen Lebensgrundlagen.

Rückgewinnung eigener Schätze

Angesichts dieser Situation setzen indigene Aktivisten darauf, die Kontrolle über das Land und andere natürliche Ressourcen, und über ihre Gesundheit zurück zu gewinnen. Die „Revitalisierung der Kultur,“ sagt Leslie Korn, Leiterin des Center for Traditional Medicine in Olympia,

Washington, „gibt Lebenssinn nach Trauma, Resignation und selbstzerstörerischen Praktiken. Sie bringt Bewegung in die sesshaft gewordenen Gruppen.“

Kampf um die Taro-Pflanze

So haben indigene HawaiianerInnen (Kanaka Mouli) ihr Grundnahrungsmittel, die heilige Taro-pflanze, für ihren Heilungsprozess als unschätzbare Gesundheitsquelle entdeckt. Dies spiegelt sich auch im lokalen Schöpfungsmythos: „Wir stammen von der Taro-pflanze ab“, beschreibt ihn der hawaiianische Aktivist Mililani Trask.

Durch gemeinschaftliche Kultivierung traditioneller Nahrungspflanzen und ihre Zubereitung sowie Bildungs- und Ernährungsprogramme sind die Kanaka Mouli selbstbestimmt aktiv für ihre Gesundheit.

Im Gegensatz dazu steht, dass die Universität von Hawaii für drei Stämme der Taro-Pflanze (Pahua, Paakala und Pauakea) Patente besitzt. Die lokale Bevölkerung erklärt demgegenüber, dass die Taro-Pflanze der hawaiianischen Nation gehöre und nicht privat angeeignet und verkauft werden könne. „Die Taro-Patente sind eine Entweihung“, so Mililani. Die Universität sollte nicht zur Profitmaximierung geistige Eigentumsrechte für Pflanzen geltend machen, die von Arten abstammen, welche die Polynesier vor mehr als 1000 Jahren nach Hawaii brachten.

„Es geht weniger um Geld“ beschreibt Le‘a Kanehe, Rechtsanwältin des Indigenous Peoples Council on Biocolonialism, das Problem. „Es geht um unsere Beziehung zum Land. Unsere Rechte werden nicht anerkannt.“ Und der Aktivist Walter Ritte formuliert es mit den Worten: „Die Taro ist keine Ware; die Taro ist, wer wir sind. Es ist fast so, als würden sie uns kaufen und verkaufen.“



Protest von Via Campesina-Frauen in Hongkong, Quelle: FSPI picture

Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) kritisiert NGO-Papier zu G8:

„G8 sind Teil des Problems, nicht Teil der Lösung“

Über 40 Nichtregierungsorganisationen (NGO) haben im März 2007 ein „Positionspapier“ zum G8-Gipfel in Heiligendamm verabschiedet, in dem in verschiedenen Bereichen Forderungen an die G8-Regierungen gestellt werden. Zu finden ist es etwa unter http://www.forum-ue.de/fileadmin/userupload/positionspapiere/g8_ngo_pospap_dt.pdf.

Die Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) schreibt dazu in einer jüngst veröffentlichten Stellungnahme: „Wir kritisieren die politische Perspektive und die Inhalte des Positionspapiers. Denn es kündigt einen Konsens auf, der bis dato in der Mobilisierung nach Heiligendamm von einem breiten Bündnis getragen wurde: die G8 zu delegitimieren anstatt Forderungen - von A wie Afrika bis Z wie Zollpolitik - an sie zu stellen.“

Politischer Rückschritt

„Die Ausrichtung des Papiers ist ein politischer Rückschritt. Die notwendig tief greifenden gesellschaftlichen Veränderungen können nicht allein mit „guten Argumenten“ erreicht werden, die Anrufung staatlicher Akteure hat sich als erfolglos erwiesen. In dem Papier wird der Eindruck erweckt, als könnten und müssten Regierungen überzeugt werden, die Welt zum Besseren zu verändern. Regierungen und die G8 werden damit als Teil der Lösung und nicht als Teil des Problems dargestellt. Die politischen und ökonomischen Mechanismen der Weltordnung, die von den Regierungen abgesichert und vorangetrieben werden, kommen in dem Papier nicht vor. Statt Machtkonzentration und die zugrunde liegenden Herrschaftsverhältnisse zu kritisieren, werden sie durch die Forderungen bestätigt.“

Die unterzeichnenden NGOs fallen hinter die Kritik und Reflexion ihrer eigenen Rolle in den 90er Jahren zurück, die einige NGOs durchaus sehen, und machen sich damit zum Teil der herrschaftlichen Strukturen. Die problematische Ausrichtung des Papiers belegen wir anhand von drei Beispielen:

* Die Forderungen für eine andere Klimapolitik gehen zentral um die Umsetzung des Kyoto-Protokolls und einen effektiven Ressourceneinsatz. Damit verbleiben sie im herrschenden Referenzrahmen, zu mehr

„Kurswechsel“ kann man sich nicht durchringen. Die unterzeichnenden NGOs lassen sich damit von der Regierungspropaganda instrumentalisieren. (...)

* Wie herrschaftskonform das Positionspapier der NGOs ist, offenbart auch das Kapitel zum Thema Rohstoffe. Dazu heißt es im Papier „die Zeiten billiger Rohstoffe sind vorbei“. Tatsächlich hat es nie „billige Rohstoffe“ gegeben; vielmehr haben die Menschen in den Erzeugerländern schon immer einen hohen Preis für „unsere Rohstoffe“ bezahlt.

* Die G8-Regierungen, so fordern die NGOs, sollen gegenüber „Afrika“ ihre Politik überdenken, stärker auf Verteilungspolitiken achten und die Rolle der Zivilgesellschaft stärken. Mit der progressiven Entwicklungssprache wird ausgeblendet, dass es zuvorderst um die Ausbeutung der Rohstoffe geht und die herrschende Form der Integration in den kapitalistischen Weltmarkt, die von den G8-Regierungen weiter vorangetrieben werden wird, ein Hauptproblem ist. Statt entwicklungs-politischem Paternalismus müssen soziale Kämpfe berücksichtigt und grundlegende Alternativen aus ihnen heraus entwickelt werden!

Verschweigen der Erfolge

„Der politische Rückschritt wird schließlich daran deutlich, dass die Erfolge der globalisierungskritischen Bewegung nicht erwähnt werden. Tatsächlich aber entstanden gesellschaftliche Dynamik und Veränderungsdruck vor allem durch Proteste wie in Seattle oder Genua, die Sozialforen, durch Kampagnen und die (Selbst)Organisation von Menschen. Die politische Perspektive des Papiers suggeriert dem entgegen gesetzt, dass zwischen dem bestehenden System bzw. seinen politischen Repräsentanten und den KritikerInnen nur Meinungsverschiedenheiten in Einzelheiten bestehen, über Ziele und Richtung notwendiger Veränderungen aber ein weitgehendes Einverständnis herrscht.“

Wir fahren nicht nach Heiligendamm, um die G8 zu Versprechen zu bewegen, an die wir sie in zwei Jahren wieder erinnern müssten. Das ist politisch kontraproduktiv und die geplanten Proteste werden mit derart verwässerten Forderungen unterlaufen.

Wir fahren nach Heiligendamm, um uns der G8 massenhaft in den Weg zu stellen.“



Das „Patent-Monster“ der BUKO-Kampagne gegen Biopiraterie auf dem Weg vom 30. Bundeskongress Internationalismus in Leipzig zu den G8-Protesten nach Heiligendamm

Aktionstag der KleinbäuerInnenorganisation Via Campesina

Landwirtschaft – ein Thema auch in der Stadt

17. April, Berlin. Ein bunter Zug von Leuten zieht durch die Hochhäuserschluchten der Berlin Innenstadt. Auf einem Transparent wird „Ernährungssouveränität“ gefordert. Aus den Fenstern der benachbarten Ministerien blicken neugierig die Angestellten. Am Potsdamer Platz schließlich stellen die DemonstrantInnen Ausstellungstafeln auf, die den Forderungen der KleinbäuerInnenorganisation Via Campesina vorstellen



alle Bilder dieses Artikels: Kollektiv /UN/WETTER

und sie mit der Wirklichkeit deutscher und europäischer Agrarpolitik vergleichen, die ganz anders aussieht als die Forderungen. Was für die städtische Bevölkerung Berlins eher ein kurioses Thema sein mag, ist für Millionen von Menschen auf dem Globus die Grundlage ihrer Existenz: Landwirtschaft.

Jedes Jahr am 17. April ruft Via Campesina einen „Internationalen Kampftag der BäuerInnen“ aus, um auf die sich verschlechternde Lage von KleinbäuerInnen überall auf der Welt aufmerksam zu ma-

chen. 1996 wurden an diesem Tag 19 Mitglieder der brasilianischen Landlosenbewegung MST von Paramilitärs ermordet.

BäuerInnen sind die OrganisatorInnen der Berliner Aktion nicht. Warum sie es dennoch für wichtig halten, in Berlin aktiv zu werden, erklärt Mitorganisatorin Anne Schweigler vom „Aktionsnetzwerk globale Landwirtschaft“, einem Zusammenschluss von Einzelnen und Gruppen, die zum Thema Landwirtschaft aktiv sind: „In der Landwirtschaft wird produziert, was wir alle essen. Das muss auch für uns hier in der Stadt ein Thema sein.“ Das Aktionsnetzwerk hat deswegen bundesweit zu Aktionen in Solidarität mit Via Campesina aufgerufen. Via Campesina hat Mitglieder überall auf dem Globus, von kleineren Gruppen in Europa wie der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft

(AbL) in Deutschland bis hin zu Millionenorganisationen wie der indischen Bauernvereinigung KRRS.

„Die Landverteilung ist in vielen Ländern des globalen Südens eine zentrale Frage.“, sagt Schweigler. „Häufig besitzen wenige Großgrundbesitzer den Großteil des Landes.“ Allerdings gehe es nicht nur um Fragen der Verteilung von Land. „Wichtig sind auch die Rahmenbedingungen, unter denen kleinbäuerliche Landwirtschaft stattfindet. Das Agrarabkommen der Welthandelsorganisation WTO beispielsweise trägt dazu bei, dass wenige Konzerne die Kontrolle über die Nahrungsmittelproduktion haben und KleinbäuerInnen in den Ruin getrieben werden.“ Derartige Abkommen werden von den G8-Staaten maßgeblich vorangetrieben.“ Deswegen, betont Schweigler, sei es wichtig, auch hier in Deutschland zu protestieren.



Das unbequeme Konzept einer Kleinbauernorganisation:

Ernährungssouveränität statt Konzernkontrolle

Die internationale Kleinbauernorganisation „La Via Campesina“ kämpft um Perspektiven bäuerlicher Landwirtschaft. Sie ist bekannt für spektakuläre Landbesetzungen, Feldbefreiungen und mutige Auseinandersetzungen mit Agrarkonzernen.

La Via Campesina lädt aber auch ein zur Perspektivendiskussion. 1996 brachte sie anlässlich des „Welternährungsgipfels“ der FAO die Forderung nach „Ernährungssouveränität“ in die Debatte.

Die entsprechende Erklärung fordert „das Recht jeder Gemeinschaft, ihre eigenen Kapazitäten zur Nahrungsproduktion zu erhalten und zu entwickeln, die entscheidend sind für die nationale und kommunale Nahrungssicherheit und die kulturellen Unterschiede sowie die Unterschiede in den Produktionsmethoden zu berücksichtigen.“ Ende Februar diesen Jahres veranstaltete La Via Campesina in Sélingué in Mali eine große Konferenz zu Ernährungssouveränität, „Nyelini 2007“ mit über 500 Delegierten. KleinbäuerInnen, HirtInnen, FischerInnen, MigrantInnen und VerbraucherInnen aus 98 Ländern trafen sich und verabschiedeten einen Forderungskatalog zur Ernährungssouveränität: Sie wenden sich gegen IWF, Weltbank und die WTO, gegen Freihandelsabkommen und transnationale Konzerne, gegen gentechnisch veränderte Organismen sowie gegen paternalistische und patriarchale Werte, die mit der Globalisierung über die ganze Welt verbreitet werden. Sie fordern erneut für alle Menschen das Recht, über ihre eigene Ernährung zu bestimmen,

die Rechte und die Rolle von Frauen in der Lebensmittelproduktion anzuerkennen und dazu Boden-reformen, die dem Recht der Landbevölkerung auf eigenes Land Genüge tun und es ermöglichen, Land friedlich und fair unter den Menschen zu verteilen.

Die Landfrage ist schon seit Jahrhunderten ein entscheidender Knackpunkt jeder Landwirtschafts-Diskussion. Die Frage nach dem Zugang zum Saatgut verschärfte sich durch Biopiraterie in den letzten Jahren. Wenige große Agrarkonzerne machen den Löwenanteil des

vorhandenen Agrobiodiversität gekostet. Allein zehntausende Sorten von Reis sind unwiederbringlich verschwunden, weil wenige Hochertragsorten wenige Konzerne sehr reich machen mussten.

In der Diskussion um Ernährungssouveränität verwischen Grenzen zwischen Nord und Süd, zwischen Solidarität aus der Ferne und gemeinsamem Kampf. Bei einer Veranstaltung in Hamburg fragte eine TeilnehmerIn: „Wie können wir Euch helfen, Ernährungssouveränität durchzusetzen?“ und erhielt vom



internationalen Saatguthandels unter sich aus. Patent- und Sortenschutzrechte – gefördert durch internationale Abkommen – beschleunigen den verhängnisvollen Prozess. Die Gentechnik beendet die Wahlmöglichkeiten der Bauern, denn einmal im Umlauf, lässt sie sich nicht zurückholen.

Die Politik der Agrarkonzerne, von der Grünen Revolution bis zur Gentechnik und Biopiraterie hat die Welt bis jetzt drei Viertel der ehemals

Kleinbauern-Aktivisten die Antwort: „Es geht nicht darum, uns in Malaysia zu helfen, Du kannst hier anfangen: Geh doch mal in einen Supermarkt und versuche, bei Deinem Einkauf um den Lebensmittelriesen Nestlé herumzukommen, der für all diese gefährlichen Entwicklungen steht. Wir müssen gemeinsam, aber auch in jedem Land um die Frage streiten, was und wie wir zukünftig essen und anbauen wollen.“

BUKO Kampagne gegen Biopiraterie

Grüne Beute
Biopiraterie und Widerstand

Agaranta Historiako Akloron

Bruderen Verlag

Grüne Beute

Stimmen zum Buch:

„Eine Basis, von der aus weitere Wege in den Dschungel von internationalem Recht über geistiges Eigentum, der Patentierung von Pflanzen und Tieren und dem Widerstand gegen diese Beutezüge geschlagen werden können.“

Christof Potthof in GID

„Stimmen und Beispiele aus dem Süden erklären die fundamental unterschiedliche Sichtweise und Werte und benennen Forderungen der indigenen Völker. Informationen über die Situation der Frauen und deren Chancen lassen die erwähnten erfolgreiche, kämpferischen Beispiele noch beeindruckender erscheinen.“

Rainer Wiertz in „eins“ - entwicklungspolitik information nord süd

„Wir wollen Partnerschaft, nicht 5% der Gewinne!“

Interview mit Sandy Gauntlett, Pacific Indigenous Peoples Coalition (PIPC)

Auf dem Weltsozialforum in Nairobi im Januar 2007 sprach ein Vertreter der BUKO-Kampagne gegen Biopiraterie mit Sandy Gauntlett über die Bedeutung indigenen Wissens sowie geistiger Eigentumsrechte. Die PIPC ist ein Netzwerk indigener Gruppen aus dem pazifischen Raum.

Sandy, kannst du bitte zunächst etwas zu Deinem Hintergrund sagen?

Ich komme aus einem Land, das wir Aotearoa nennen, ihr kennt es unter dem Namen Neuseeland. Ich bin aufgewachsen in einer indigenen Gemeinschaft der Maori. Es gibt verschiedene Stämme, jedoch eine Sprache mit verschiedenen Dialekten. Wir sind seit mindestens 1200 Jahren auf der Insel und machen heute ca. 15% der Bevölkerung Neuseelands aus. 1840 wurde ein Vertrag geschlossen zwischen der britischen Krone und den Vertretern der Maori, der den Maori das volle Recht an den Wäldern, Land und Fischereigründen gibt, so lange diese es möchten.

Heute arbeitest du auf internationaler Ebene zu Fragen der Biodiversität - wie bist du dazu gekommen?

Für indigene Völker auf der ganzen Welt ist die biologische Vielfalt, die Umwelt, ein unverzichtbarer Bestandteil der gesamten Kultur und es ist fast unmöglich zwischen Kultur und Biodiversität zu trennen - denn das eine beeinflusst automatisch das andere. In meiner Kultur glauben wir, dass Menschen als Spezialisten in bestimmten Gebieten geboren werden. Einer dieser Bereiche ist der des katyaki, des Gärtners. Bei meiner Geburt wurde ich als katyaki identifiziert und solange ich mich erinnern kann, haben mich meine Urgroßeltern, meine Großeltern und auch meine Eltern Wissen über die Umwelt gelehrt. Sie haben mir auch den Umgang mit traditioneller Medizin beigebracht.

„Wie bist Du zur Expertin für Biodiversität geworden?“

Ich habe zunächst auf der Grassrootsebene angefangen, mich politisch mit dem Thema zu beschäftigen. Mehr und mehr habe ich gelernt, welchen Einfluss internati-

onale Abkommen auf die nationale Gesetzgebung haben und damit auch auf den Zugang zu unserem Land und unseren Ressourcen. Somit war es für mich sehr einsichtig, dass einige aus unseren Gemeinschaften sich mit diesen Entwicklungen beschäftigen mussten - in Solidarität mit anderen indigenen Gemeinschaften weltweit.

missachtet werden. Das siehst Du anders?

Vor 1993 haben wir es nicht Biopiraterie genannt, sondern Diebstahl. Seit 1993 ist es somit eine Abschwächung des Diebstahls, wenn wir es als Biopiraterie bezeichnen. Artikel 8j der Konvention spricht von Schutz und Bewahrung traditionellen und indigenen Wissens. Artikel 15 bis 19 sprechen im Gegensatz dazu vom Zugang zu genetischen Ressourcen und wie diese zur Ware gemacht werden können. Dies geschieht ohne zu beachten, dass die genetischen Ressourcen zu den indigenen Gemeinschaften gehören.

Was erwartest Du, was erwartet ihr von Menschen in Europa?

Als erstes müssen wir, wenn wir über den Zugang zu Ressourcen sprechen, uns die Frage stellen: Wessen Ressource ist es? Wessen Land ist es, wo wir die Ressource gefunden haben? Wer sind die rechtmäßigen Halter des Wissens, welches mit der Ressource verbunden ist? Was ist das traditionelle Wissen verbunden mit dieser Ressource? Wie kann es geschützt werden? Wie können die Wünsche derjenigen respektiert werden, um deren Ressource es sich handelt? Und das bedeutet freie, vorherige und informierte Zustimmung derjenigen zur Nutzung einer Ressource, denen diese gehört.

Das bedeutet dann auch, das Recht ‚Nein‘ zu sagen, wenn man mit der Nutzung nicht einverstanden ist und das dieses akzeptiert wird?

Absolut. Das Recht, unsere eigenen Bedingungen aufzustellen, ist ganz bedeutsam. Das Recht zu sagen: Wir wollen eine Partnerschaft, nicht 5% der Gewinne. Oder auch: Wir teilen gerne mit euch, wenn ihr dieses oder jenes mit uns teilt. Dieses Recht, die Bedingungen eines Deals zu bestimmen ist ganz entscheidend. Alles, worum wir bitten, ist Respekt vor uns zu haben.

Sandy, herzlichen Dank für dieses Gespräch.



1993 ist die Konvention über die biologische Vielfalt in Kraft getreten. Seitdem spricht man auch von Biopiraterie. Seid ihr schon einmal von Biopiraterie betroffen gewesen und was macht ihr dagegen?

Ich persönlich glaube, dass es auf der ganzen Welt kein indigenes Volk und keine Gemeinschaft gibt, welche noch nicht mit Biopiraterie in Berührung gekommen ist. Wir alle sind es, eingeschlossen viele Gemeinschaften in Europa, die sich dessen vielleicht noch gar nicht bewusst sind - weil sie sich nicht mehr als Gemeinschaft identifizieren. Als die Maori in Neuseeland eintrafen, war das Land zu ca. 85% bewaldet, nach rund 1000 Jahren immer noch zu 65%. Doch nach 150 Jahren europäischer Inbesitznahme hat sich die Waldfläche auf 23% reduziert. In einem Sechstel der Zeit wurde dem Wald ein viermal so hoher Schaden zugefügt wie wir es taten. Meine Gemeinschaft ist abhängig vom Wald - für Nahrungsmittel, Medizin, Unterkunft. Somit hatte der immense Waldverlust in so kurzer Zeit einen massiven Einfluss auf unser soziales und ökonomisches Gefüge.

Du sprichst von einer langen Geschichte der Biopiraterie. Viele VertreterInnen von Nichtregierungsorganisationen sprechen von Biopiraterie erst seit Inkrafttreten der Konvention über die biologische Vielfalt bzw. wenn deren Regeln



+ Termine +++ Termine +++ Termine +

19./20.5.07 Halle/Saale
„Vielfalt für alle“
Europäische Tagung zur Erhaltung alten Saatgutes – gegen die Aneignung durch Saatgutkonzerne.
Mehr Infos www.biopiraterie.de

21.5.07 Gatersleben
Zum Tag der biologischen Vielfalt: Proteste an der Saatgut-Bank gegen die Freisetzung genmanipulierter Organismen.
www.biopiraterie.de

2.-8.6.07 Heiligendamm
Aktionswoche zum G8-Gipfel
Infos: www.gipfelsoli.org

2. Juni '07 Rostock
Großdemonstration, u.a. mit „Patentmonster“ der BUKO-Kampagne gegen Biopiraterie

3. Juni '07 Mecklenburg
Aktionstag Landwirtschaft bei den G8-Protesten in Rostock zu den Themenbereichen Gentechnik, Tiermast und Supermärkte
www.g8-landwirtschaft.net

23.-28. Juni '07 Wiesbaden
Treffen von ParlamentarierInnen aus EU und AKP-Staaten – Anlass für Proteste gegen die Economic Partnership Agreements

Rückmeldecoupon

Name: _____

Straße: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Mehr Zeitungen:

Ich unterstütze Euch, indem ich den Kaperbrief verteile!
Bitte schickt mir Ex. dieser Ausgabe (Pakete unfrei)

Schickt mir bitte Ex. des Kaperbrief 8 (Oktober 2006)

Schickt mir bitte Ex. des Kaperbrief 7 (Januar 2006)

Informiert sein und mitmachen – vieles ist möglich!

Bitte schickt mir _____ Exemplar(e) des Buches „Grüne Beute - Biopiraterie und Widerstand“, Trozdem-Verlag, 12,- Euro plus Porto.

Schickt mir doch bitte Ex. des G8-Flyers.

Ich möchte in meiner Stadt eine Veranstaltung zu Biopiraterie machen und könnte ReferentInnen brauchen. Bitte meldet Euch!

Bitte schickt mir die Broschüre: Biopiraterie – Eine Einführung, 24 S., 2 Euro plus Porto.

Nehmt mich auf in den Info-E-mail-Verteiler der Kampagne (kostenlos, max. 1-2 Mails/Woche)

Die Kampagne unterstützen

Ich spende Euch für die Weiterarbeit gegen Biopiraterie _____ EUR auf das Konto „BUKO - VzF e.V.“, Kto.-Nr. 234 389, bei der Ev. Darlehensgenossenschaft Kiel, BLZ 210 602 37. Stichwort „Biopiratenkampagne“

Rückmeldecoupon bitte per Brief oder Fax an:
BUKO-Kampagne gegen Biopiraterie,
c/o Infobüro Nicaragua, Deweerthstraße 8, 42107 Wuppertal,
Telefon: 0202/30 00 30 - Fax: 0202/31 43 46
Oder einfach Eure Botschaft an: info@biopiraterie.de

Die BUKO-Kampagne gegen Biopiraterie...

...ist ein bundesweiter Zusammenschluss von Einzelpersonen und Organisationen und arbeitet im Rahmen der „Bundeskoordination Internationalismus“ (BUKO). Die BUKO ist ein Zusammenschluss von über 150 Gruppen mit internationalistischem Anspruch.

Die Kampagne will Widerstand gegen Biopiraterie aufbauen und gesellschaftliche Alternativen diskutieren und unterstützen.

Konkrete Biopirateriefälle nehmen wir zum Anlass, in Absprache mit den Betroffenen an die Öffentlichkeit zu gehen. Mit Aktionen, Protest und juristischen Mitteln versuchen wir, Patente zu kippen und an den internationalen Abkommen zu rütteln, die Biopiraterie begünstigen. Die Kampagne lebt von der Beteiligung vieler Menschen. Wir freuen uns immer über weitere MitstreiterInnen. Unsere Homepage www.biopiraterie.de informiert aktuell und ausführlich.

Auf den G8-Demonstrationen im Juni sind wir mit einem Patent-Monster vertreten - so könnt ihr uns leicht finden und ansprechen. Unser nächstes Seminar findet im Herbst statt.

Unterstützt unsere Arbeit!

Spenden und Zuschüsse ermöglichen Publikationen, Bildungsarbeit und einen immer lautereren Protest gegen Patente auf Leben und Biopiraterie. Wir freuen uns über jede Spende - Spendenquittungen können ausgestellt werden. Die Konto-Verbindung steht im Rückmeldecoupon.

Impressum:

Herausgegeben von der BUKO-Kampagne gegen Biopiraterie

Redaktion: Anne Schweigler, Christiane Gerstetter, Miriam Hirsch, Franziska Müller, Gregor Kaiser, Jutta Sundermann (V.i.S.d.P.) und Andreas Riekeberg

Fotos: Franziska Müller, Anne Schweigler, Kollektiv /UN/WETTER und andere

Barcode-Grafiken: Erik Tuckow

Redaktionsadresse: info@biopiraterie.de, Maurenstraße 9, 38300 Wolfenbüttel

Unterstützt von: Aktion 3. Welt Saar, BUKO-Agrarkoordination, Oscar-Romero-Haus Bonn e.V., Eine Welt e.V. Greifswald, Grüne Liga e.V., Bonner AK gegen Gentechnologie, Weltladen Bonn, Informationsstelle Lateinamerika, Infobüro Nicaragua, Wuppertal

Förderung: Diese Ausgabe des Kaperbriefs wird gefördert durch den Evangelischen Entwicklungsdienst (EED), die Stiftung Umverteilen, Misereor, Aktion Selbstbesteuerung und das InWENT Aktionsgruppenprogramm. Der „Kaperbrief“ gibt nicht unbedingt die Meinung der Förderer wieder.

Copyright: Bitte vervielfältigt die Artikel und verbreitet sie mit Quellenangabe.